Internationales Asienforum, Vol. 44 (2013), No. 3–4, pp. 299–324

Die indische Demokratie und ihr Konflikt mit den Naxaliten
Ein Kampf gegen die eigenen Prinzipien?

JULIA SONNTAG*

Abstract

Though known as the biggest democracy in the world, India is constantly afflicted by violent internal conflicts. The struggle with the Maoist Naxalite movement has become the most pressing of these internal problems in recent years. Major parts of the scientific research on internal conflict and revolutionary movements focus on the reasons, characteristics and consequences of this movement's activities for the democratic system. This article tries to shift the perspective to the impact of anti-revolutionary government measures on the democratic quality of a state. The underlying assumption is that these government measures often have unintended consequences for the quality of democracy, which might lead to an erosion of the legitimacy of the state in the eyes of the rebels and their sympathizers, thereby serving to escalate the conflict. To assess these negative effects three categories of anti-revolutionary governance measures are introduced: measures of coercion, political inclusion and economic inclusion. Subsequently, their respective influence on the three dimensions of democratic quality suggested by Diamond and Morlino is examined in the specific case of the anti-Naxalite activities of the Indian government.

Keywords

India, Naxalites, Maoist movement, democratic quality, government measures

1. Einleitung

Der indische Staat hat seit seiner Gründung im Jahr 1947 mit einer Vielzahl von gewaltsamen internen Konflikten zu kämpfen. Insbesondere die sozialrevolutionäre Bewegung der Naxaliten, die bereits in den 1960er Jahren entstand, verzeichnet in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren einen immer

* JULIA SONNTAG, Lehrstuhl Regierungslehre: Politik und Wirtschaft Chinas, Universität Trier, Germany; sonn3303@live.com

massiver werdenden Zulauf, sodass sich ihr Einflussgebiet mittlerweile aufüber ein Drittel der indischen Distrikte erstreckt (South Asia Terrorism Portal, SATP 2013a) und die Demokratie in vielen Bundesstaaten schon lange nicht mehr „the only game in town" (Linz / Stepan 1996: 15) darstellt. So ist es nicht verwunderlich, dass die indische Regierung die Naxaliten-Bewegung heute – neben dem muslimischen Terrorismus – offiziell zu den Hauptbedrohungen der indischen Demokratie zählt (Singh 2011).

Gleichzeitig ist man sich seit einigen Jahren bewusst, dass der Erfolg der Naxaliten bei der Mobilisierung und Rekrutierung neuer Mitglieder maßgeblich auf einem Legitimitätsdefizit der indischen Regierung beruht. Verlorenes Vertrauen kann nur durch eine holistische Hearts-and-minds-Strategie wiedergewonnen werden[1], welche sich nicht nur auf die Wiederherstellung von Sicherheit in betroffenen Gebieten sondern auch auf eine politische und sozioökonomische Inklusion der dem Naxalismus zuströmenden marginalisierten Bevölkerungsgruppen bezieht. Trotzdem verbreitet sich die Bewegung beständig, und die Zahl der Opfer des Konfliktes bewegt sich auf sehr hohem Niveau (SATP 2013b). In diesem Zusammenhang scheint sich die Feststellung der politikwissenschaftlichen Konsolidierungsforschung zu bewahrheiten, wonach „sustaining democracy is often a task as difficult as establishing it" (Schedler 1998: 91). Dies gilt vor allem für komplexe Konfliktsituationen, in denen staatliche Gegenmaßnahmen häufig nicht intendierte oder gar kontraproduktive und demokratiefeindliche Nebeneffekte erzeugen. Daraus resultierende Defekte in den drei Dimensionen demokratischer Qualität (Prozess, Inhalt, Resultat) gemäß Diamond / Morlino (2004) bzw. Morlino (2004) können sowohl die demokratische Legitimität und Glaubwürdigkeit als auch die effektive Problemlösungsfähigkeit der betreffenden Regierung nachhaltig beschädigen. Auf der Grundlage dieser Annahme stellt sich die Frage, inwieweit sich die von der indischen Regierung seit Wiederaufflammen des Konfliktes um das Jahr 2000 ergriffenen Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung (in den Bereichen Sicherheit, politische und sozioökonomische Inklusion) negativ auf diese drei Dimensionen demokratischer Qualität auswirken und somit durch eine weitere Erosion staatlicher Legitimität eine Konfliktlösung behindern.

Um diese Frage zu beantworten, wird nach einer kurzen Einleitung zunächst eine theoretische Grundlage für die Analyse der Gegenmaßnahmen des indischen Staates geschaffen. Hierzu werden aus der Definition des Begriffs der revolutionären Bewegung und aus der Konfliktforschungsliteratur staatliche Policy-Instrumente des Hearts-and-minds-Ansatzes zur

---

[1] Vor allem seit dem Regierungswechsel im Jahre 2004 wird diese Strategie offiziell verfolgt (Balchand 2011).

Bewältigung interner Konflikte abgeleitet. Darauf folgt unter Punkt 2.2 die Herleitung eines Bewertungsrahmens für die demokratische Qualität dieser Maßnahmen. Um die staatlichen Gegenmaßnahmen angemessen bewerten zu können, soll anschließend ein kurzer Überblick über die historisch-ideologischen Hintergründe der naxalitischen Bewegung gegeben werden. Darauf folgt der Analyseteil, in dem es darum geht, die seit dem Wiedererstarken der Naxaliten ab dem Jahr 2000 bis heute vom indischen Staat ergriffenen Maßnahmen in den Bereichen Sicherheit, politische und sozioökonomische Inklusion nachzuvollziehen. Diese werden dann auf der Basis des unter 2.2 entworfenen Bewertungsrahmens einer Evaluation bezüglich ihrer Auswirkungen auf die demokratische Qualität unterzogen, bevor die Befunde abschließend kritisch zusammengefasst werden. Die Analyse der Regierungsmaßnahmen auf Unions- und auf Bundesstaatenebene kann dabei hier nur eine überblicksartige, an einzelne Regierungsmaßnahmen angelehnte sein.

2. Begriffserklärung und konzeptionelle Überlegungen

2.1 Revolutionäre Bewegungen und staatliche Gegenmaßnahmen

In seiner Arbeit *Comparative Revolutionary Movements* liefert Thomas H. Greene eine gelungene Begriffsbestimmung, die sich dem Begriff der revolutionären Bewegung von deren jeweiliger Zieldefinition her annähert. Er definiert sie als organisierte Vereinigungen, welche eine „alteration in the personal, structure, supporting myth, and functions of government by methods which are not sanctioned by prevailing constitutional norms“ (Greene 1974: 6) anstreben. Zur Erreichung dieser Ziele werden verschiedenste Techniken angewendet, die die Schwäche der Bewegung ausgleichen, indem sie eine konventionelle militärische Konfrontation vermeiden (Münkler 2006: 40). Dazu gehören die durch systematische Propaganda herbeigeführte Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten für Streiks oder Boykottaktionen, die Androhung oder auch Ausübung von Gewalt gegen politische Eliten durch gezielte Tötungen von staatlichen Funktionsträgern, die Anwendung von Techniken der Guerillakriegsführung sowie in selteneren Fällen terroristische Anschläge gegen als konterrevolutionär eingeschätzte Zivilisten.

Die Motivation zur Anwendung von Gewalt gegen den Staat geht meist auf eine politische Legitimationskrise zurück, denn „the emergence of conflict situations can be viewed as evidence that a significant erosion of trust (zwischen Staat und einem Teil der Bevölkerung, Anm. d. Verf.) has occurred over a period of time” (Cheema / Popovski 2010: 15). Dafür ist hauptsächlich ein Mangel an Glaubwürdigkeit und starke Vernachlässigung

gegenüber marginalisierten Bevölkerungsgruppen verantwortlich. Rübenach nennt hierbei in Anlehnung an eine Konzeptionalisierung nach Schneckener eine Kombination aus Grievance- und Creed-Motiven als Hauptmerkmale revolutionärer Gewaltakteure, die sich einerseits von politischer und sozioökonomischer Exklusion betroffen fühlen und andererseits ihre individuellen und kollektiven Identitäten bedroht sehen (Schneckener 2003: 4–5; Rübenach 2011: 76).

Staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung gewaltsamer revolutionärer Bewegungen sollten an diese Ursachenstruktur anknüpfen um eine erfolgreiche Konfliktbearbeitung zu ermöglichen. Hier setzt der Hearts-and-minds-Ansatz an, der auf die Veränderung der Einstellung und des Verhaltens der mit der Aufstandsbewegung sympathisierenden Bevölkerungsteile, aber auch der Mitglieder der revolutionären Bewegung selbst abzielt (Friedel 2011: 98–99). Um die Legitimität des Staates zu erhöhen (und gleichzeitig die der revolutionären Gruppierung zu reduzieren), werden Maßnahmen in den drei Bereichen Sicherheit, Regierungsführung und Wohlstandsverteilung zur Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse der marginalisierten Bevölkerungsteile durchgeführt (Kilcullen 2006: 4).[2]

Zur Stabilisierung der Lage werden zunächst Maßnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheit ergriffen: Hier bekämpft man die Symptome des Konfliktes – also gewaltsame Ausschreitungen gegen Amtsträger und/oder Zivilisten und den Aufbau von Parallelstrukturen, in Ausnahmefällen auch durch Gegengewalt und Zwangsmaßnahmen (Kriesberg 2008: 409). Auf diese Weise soll Druck auf die Aufstandsbewegung ausgeübt sowie die Sicherheit für die Bevölkerung und das staatliche Gewaltmonopol wiederhergestellt werden. Die Lösung eines gewaltsamen Konfliktes ist langfristig jedoch nur durch Kooperation und Deeskalation möglich (Kriesberg 2008: 402), weshalb der Staat ebenso in der Verantwortung steht, ursächliche Missstände in den Bereichen Regierungsführung und Wohlfahrt auszugleichen, und somit seine Legitimität dauerhaft zu fördern. Bei der Bekämpfung revolutionärer Aktivitäten treten deshalb neben die Dimension der Wiederherstellung von Sicherheit zusätzlich Reformmaßnahmen zur Steigerung der politischen und sozioökonomischen Inklusion hinzu.[3]

---

[2] Gegenüber der klassischen Carrot-and-stick-Strategie die auf der Annahme rein nutzenkalkulierender Akteure beruht, hat der Hearts-and-minds-Ansatz den Vorteil, dass er sich mit der Ursachenstruktur des Konfliktes zwischen Staat und revolutionärer Bewegung konkret auseinandersetzt und somit eine Konfliktlösung hinwirkt.

[3] Der Begriff „Inklusion" bezieht sich hier sowohl auf den Entscheidungsprozess bzw. die Responsivität (auf der Input-Seite) als auch auf die Beteiligung an materiellen und immateriellen *outputs* des Systems.

Programme zur Verbesserung politischer Inklusion beziehen sich sowohl auf die Repräsentation und Partizipation marginalisierter Bevölkerungsteile als auch auf eine Verbesserung der Kommunikation, die Gewährung von Autonomierechten, die Gewährleistung von grundlegenden Menschen- und Bürgerrechten und auf die Effektivierung der Verwaltung, bspw. durch Kapazitätsausbau und Korruptionsbekämpfung (Schneckener 2007; Friedel 2011: 99).[4] Mögliche staatliche Programme zur Steigerung sozioökonomischer Inklusion beinhalten Landreformen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Infrastrukturprojekte, die Verbesserung und Effektivierung sozialer Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung und sonstige Programme zur gezielten Förderung marginalisierter Gruppen. Nur ein ausgewogenes, an die konkreten Umstände der Konfliktstruktur angepasstes Ineinandergreifen aller drei Maßnahmenbereiche – der staatlichen Sicherheitsmaßnahmen sowie der Maßnahmen zur politischen und sozioökonomischen Inklusion – verspricht eine Lösung der Konfliktlage.

2.2 Evaluation der Auswirkungen staatlicher Gegenmaßnahmen auf die Demokratiequalität

Bei der Bekämpfung öffentlicher Unzufriedenheit bis hin zu gewaltsamen Protesten sind demokratische Staaten vor ganz besondere Herausforderungen gestellt, da bezüglich der Formulierung, Auswahl und Durchsetzung von Gegenmaßnahmen von ihnen nicht nur eine erhöhte Steuerungsfähigkeit auf der Output-Seite, sondern auch die Einhaltung demokratischer Standards auf der Input-Seite erwartet werden (Kaiser 2002: 315). Nicht ohne Grund gilt hier der Satz, dass „die Qualität einer Demokratie sich nicht zuletzt am Umgang mit ihren Gegnern erweist" (Jaschke 1991: 60). Demokratien, die in ihrem Innern mit organisierten revolutionären Bewegungen zu kämpfen haben, befinden sich jedoch – zumindest in den betroffenen Gebieten – in einer Legitimationskrise, in der sie mit demokratischen Mitteln gegen einen Gegner vorgehen müssen, der von der demokratisch gewählten Regierung zutiefst enttäuscht und zu äußerster Gewalt bereit ist. Die komplexe Lage aus stetig wachsenden und dadurch leichter zu enttäuschenden Erwartungshaltungen an den Staat, gepaart mit einer unübersichtlichen, die demokratischen Werte und die Leistungsfähigkeit des Staates selbst untergrabenden Konfliktsituation, lässt demokratische Regierungen leicht in eine Situation

---

4 Angelehnt an die „3 Pillars of Counterinsurgency" nach Kilcullen (2006); diese Dreiteilung in Sicherheit, Wohlfahrt und Demokratie/Rechtsstaatlichkeit findet sich ebenso in Peacemaking/-keeping-Programmen wieder, wie z. B. bei Schneckener 2007.

geraten, in der „particular policies and actions may be judged as making a bad situation worse“ (Tanham / Duncanson 1969: 113).

Schnell befinden sie sich in eine Art Grauzone, in der sie Gefahr laufen, durch vorschnell ergriffene Gegenmaßnahmen ihre eigene demokratische Qualität zu unterminieren und somit den Konflikt zu verschlimmern oder gar neue Konflikte mit weiteren Bevölkerungsschichten heraufzubeschwören. Dies wird in Praxis und Literatur v. a. im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Wiederherstellung von Sicherheit beobachtet. Fehlleistungen gibt es jedoch auch im Bereich der politischen und wirtschaftlichen Konfliktbearbeitung durch den Staat, die ebenfalls Konsequenzen für die demokratische Qualität, und somit für die Legitimität und Stabilität des Staates haben können (Tharu 2007: 83). Die Schwierigkeit liegt hier also in der Kombination und der erfolgreichen Implementation von Maßnahmen, die sowohl in ihrem Inhalt als auch in ihren Auswirkungen demokratiekompatibel sind. Für einen strukturierten Überblick über mögliche Effekte auf die Demokratiequalität eignet sich das Konzept von Diamond und Morlino, die in ihrer Arbeit acht Dimensionen von Demokratie entwickeln. Diese können sich gegenseitig positiv beeinflussen, stehen jedoch in vielen Fällen auch in einem negativen Spannungsverhältnis zueinander, sodass es unmöglich ist, alle Dimensionen auf einmal zu fördern (Diamond / Morlino 2004: 21).[5] Um die Demokratiequalität eines politischen Systems erfassbar zu machen, führen sie eine Dreiteilung des Qualitätsbegriffs in Inhalt, Prozess und Resultat ein (Morlino 2004: 6), die unter Einbeziehung einer kleinen begrifflichen Erweiterung auch auf die Bewertung der Demokratiekompatibilität einzelner staatlicher Maßnahmen und deren Auswirkung auf einzelne Dimensionen der Demokratiequalität umgedeutet werden kann.

So muss zunächst die Zielsetzung der zu bewertenden Regierungsmaßnahme geklärt werden, um anschließend deren Wirkung auf die Inhaltsqualität der Demokratie zu analysieren: Inwieweit fördert die Policy die zwei grundlegenden normativen Ideale der Demokratie, die Freiheit und die Gleichheit?[6] Und inwieweit wirkt sich die Förderung oder Hemmung einer dieser beiden Demokratiedimensionen positiv oder negativ auf die Verwirklichung der zweiten Inhaltsdimension oder gar auf die zwei anderen Qualitätsverständnisse (Prozess, Resultat) aus?

---

5 Die acht Dimensionen sind: Rechtsstaatlichkeit, Partizipation, Wettbewerb, Vertikale und Horizontale Verantwortlichkeit, Freiheit, Gleichheit und Responsivität.

6 Unter Freiheit fallen laut Morlino 2004: politische, bürgerliche und soziale Rechte und Freiheiten, Gleichheit beeinhaltet die politische und rechtliche Gleichheit der Bürger sowie eine gewisse sozioökonomische Gleichheit.

Gleiches gilt auch für die Untersuchung der Prozessqualität: Inwieweit fördert (oder gar untergräbt) die Maßnahme der Regierung prozedurale Dimensionen wie Rechtsstaatlichkeit, Partizipation und demokratischer Wettbewerb, oder Beziehungen vertikaler und/oder horizontaler Verantwortlichkeit? Inwieweit wirkt sich die Förderung einer oder mehrerer dieser Dimensionen auf die anderen Prozessdimensionen und/oder Dimensionen der Inhalts- oder Resultatsqualität aus?

Zuletzt wird dann die Resultatsqualität bewertet: Hierunter fällt bei Morlino lediglich die demokratische Dimension der Responsivität, also der „capacity to satisfy the governed by executing the policies that correspond to their demands" (Morlino 2004: 15). Die Untersuchung von Responsivität bezüglich eines einzelnen Policy-Instruments wirft hierbei Schwierigkeiten auf, da die Einstellung der Bürger speziell gegenüber der zu bewertenden Maßnahme nicht immer eindeutig feststellbar ist. Deshalb soll hier in solchen nicht genau bestimmbaren Situationen der Umweg über eine Einschätzung der tatsächlichen Auswirkung (*outcome*) (Bemelmans-Videc 2003: 7–8)[7] der Maßnahme genommen werden. Inwieweit der indische Staat bei der Auswahl und Durchführung seiner Maßnahmen zur Bekämpfung der revolutionären Bewegung der Naxaliten die spannungsgeladenen Dimensionen der Demokratie in einer Balance halten kann oder gar durch einseitige Betonung oder gar Verletzung einzelner Qualitätskriterien andere Dimensionen untergräbt, soll dann unter Abschnitt 4 besprochen werden.

3. Die Naxaliten – Eine Herausforderung für die indische Demokratie

Der Ursprung der maoistischen Bewegung in Indien liegt im Dorf Naxalbari im nordostindischen Bundesstaat Westbengalen, in dem im Jahre 1967 zum wiederholten Male ein Aufstand der besitzlosen Landarbeiter und der stark benachteiligten Stammesbevölkerung dieser Region ausbrach, an dem sich auch kommunistische Bauernorganisationen beteiligten (Jawaid 1979: 33–34). Die Unterstützung des Aufstands durch die Communist Party of India-Marxist-Leninist (CPI-ML), einer Abspaltung der westbengalischen CPI-M-Fraktion (Communist Party of India-Marxist) unter Leitung der zwei charismatischen Anführer Charu Mazumdar und Kanu Sanyal trug ab 1969 dazu bei, dass sich der Konflikt schnell auf andere Distrikte Westbengalens sowie Nachbarbundesstaaten ausbreiten konnte und sich von da an nicht nur gegen

[7] Hier wird davon ausgegangen, dass Responsivität nicht nur von der beabsichtigten Wirkung einer Maßnahme abhängt, sondern auch eine effektive Durchsetzung der Maßnahme erfordert.

lokale Großgrundbesitzer, sondern gegen den indischen Staat an sich wandte (Jawaid 1979: 54; Ahuja / Ganguly 2007: 264). Aufkommende Differenzen über die anzuwendende revolutionäre Taktik, die zunehmende Entfremdung der intellektuellen Führung von den einfachen Bauernrevolutionären und das resolute Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die gewaltsamen Aufstände rieb die Bewegung bis Mitte der 1970er-Jahre fast vollkommen auf und trieb ihre Anführer in den Untergrund (Mahadevan 2012: 204–205). Von dort aus versuchten sie in den nächsten 20 Jahren immer wieder erfolglos, den revolutionären Funken aufs Neue in einen Flächenbrand zu verwandeln, und setzten sich in Westbengalen, Bihar und Andhra Pradesh in abgelegenen, besonders von Armut betroffenen Gegenden dauerhaft fest (Jawaid 1979: 16–17). Die Geschichte der Naxaliten-Bewegung war in dieser Zeit von einer starken Regionalisierung und immer weiteren Zersplitterungen geprägt. In ihren abgelegenen und bergigen Rückzugsgebieten bot sich den einzelnen naxalitischen Vereinigungen in den 1980ern jedoch die günstige Gelegenheit, ihre Mitgliederbasis zu erweitern und die organisatorischen Strukturen wiederaufzubauen. Anfang der 1990er Jahre gelang es den maoistischen Gruppierungen, ihren Aktionsradius großflächig auszubauen, und in Folge dessen nahmen gewaltsame Konfrontationen mit den Sicherheitskräften sowie terroristische Anschläge rapide zu (Getzschmann 2011: 218). Gegen Ende der 1990er-Jahre begannen sich drei größere Gruppierungen gegen die über 30 existierenden Splitterorganisationen durchzusetzen: Die eher moderat auftretende CPI (M-L)-Liberation sowie die zwei den Guerillakrieg und die Mobilisierung der Massen propagierenden Gruppen namens People's War Group (PWG) und Maoist Communist Centre (MCC). Der PWG und dem MCC gelang es, gemeinsam mehrere kleinere Naxalitenvereinigungen zu bündeln, und so schlossen sie sich im Jahr 2004 endgültig zur CPI (Maoist) zusammen, die seitdem die Naxaliten-Bewegung dominiert (Verma 2011: 7). Sehr ungenauen Schätzungen zufolge soll die CPI (Maoist) über 15.000 bis 20.000 professionelle Guerillakämpfer verfügen, manche Quellen sprechen gar von 50.000, die meist in *sanghams*, also Dorfmilizverbänden, zusammengeschlossen sind (Getzschmann 2011: 221f). Die Zahl der Mitglieder politischer Vorfeldorganisationen oder Sympathisanten lässt sich schwer einschätzen, dürfte jedoch im sechsstelligen Bereich liegen (Chakravarti 2008). Der sogenannte Rote Korridor[8] zieht sich mittlerweile durch den gesamten Osten Indiens, insgesamt waren im Jahr 2009 in 16 Bundesstaaten und 208 (von insgesamt 602) Distrikten maoistische Aktivitäten zu verzeichnen (SATP 2013a). Besonders betroffen sind die Bundes-

[8] Von naxalitischen Gruppierungen dominierte Landstriche, in denen der Staat zurückgedrängt wurde.

staaten Andhra Pradesh, Bihar, Chhattisgarh und Jharkhand,[9] in denen ganze Landstriche als „befreite Zonen“ gelten und von Parallelstrukturen der Maoisten verwaltet werden (Union Ministry of Home Affairs 2012; SATP 2013b).

Die maoistische Bewegung in Indien ist aufs Engste mit dem Schicksal der indigenen Bevölkerung (Adivasi) und der landlosen Bauern verbunden, die mehrheitlich den unteren und oftmals diskriminierten Kasten (Dalits und Other Backward Classes, OBC) des indischen Gesellschaftssystems angehören. Vor allem die Adivasi leiden nicht erst seit der Liberalisierungspolitik der indischen Regierung seit Anfang der neunziger Jahre unter der Industrialisierung und Ausbeutung ihrer traditionellen Siedlungsgebiete in den ausgedehnten Wäldern Zentralindiens durch die Einrichtung riesiger Sonderentwicklungszonen (SEZs) und die damit einhergehenden Enteignungen und Vertreibungen. Die verfestigten Strukturen der politischen und sozioökonomischen Exklusion der Adivasi und der Dalits führten sowohl vor als auch nach der indischen Unabhängigkeit bereits zu zahlreichen Aufständen. Doch erst die Unterstützung und flächendeckende Organisation des Widerstandes durch maoistische Parteiorganisationen verband das zeitweise Aufbegehren der marginalisierten Gruppen mit dem Ziel des systematischen Umsturzes des politischen, sozialen und ökonomischen Systems Indiens (Weil 2011: 4).

So bereitete der systematische Ausschluss der landlosen Adivasi und Dalits vom indischen Modernisierungsprozess (*grievance*) einen fruchtbaren Boden für deren Radikalisierung und Identifikation mit sozialistischen Gesellschaftsvorstellungen (*creed*). Seitdem bilden sie die Hauptrekrutierungsbasis und das sympathisierende Rückgrat der naxalitischen Guerillaorganisationen (Mehra 2008: 14). Die Führungsgremien der CPI (Maoist) (und der meisten anderen naxalitischen Organisationen) bestehen z. T. aus alten Kadern, also linken Intellektuellen und erfahrenen Guerillakämpfern, die bereits zu Ursprungszeiten der Naxaliten-Bewegung in den 1960er- und 1970er-Jahren aktiv waren. In zunehmendem Maß findet die Bewegung jedoch auch aus den Städten Zulauf von jüngeren, linksgerichteten Intellektuellen und Studenten, die sich der Bewegung in den letzten Jahren angeschlossen haben.[10]

---

9 Außerdem gelten Gujarat, Haryana, Karnataka, Kerala, Madhya Pradesh, Maharashtra, Orissa, Rajasthan, Tamil Nadu, Uttarakhand, Uttar Pradesh und Westbengalen in unterschiedlichem Ausmaß als betroffen.

10 Weitere Informationen zur älteren und neueren Geschichte, der Organisationsstruktur und den Zielen der Naxaliten, sowie ihrem Kampf mit den indischen Sicherheitskräften und

Neben der Einrichtung befreiter Zonen und der Anwendung gewaltfreier Methoden wie etwa der Mobilisierung marginalisierter Gruppen in Vorfeldorganisationen zählen einige der maoistischen Organisationen gewaltsame Enteignungsaktionen, gezielte Tötungen von Sicherheitskräften und „Konterrevolutionären", Anschläge auf Polizeistationen, Infrastruktur und öffentliche Verkehrsmittel sowie den Guerillakrieg gegen Einheiten der paramilitärischen Polizei zu ihrem revolutionären Repertoire. Eine enge ideologische und logistische Zusammenarbeit fand dabei v. a. ab Mitte der neunziger Jahre mit den Maoisten im Nachbarland Nepal statt, die sich trotz gegenteiliger Versicherungen gegenüber der indischen Regierung auch nach Einbindung der Communist Party of Nepal (CPN) in ein demokratisches Parlament seit 2006 fortsetzte (Harnetiaux 2008: 99).

4. Gegenmaßnahmen der indischen Regierung und Auswirkungen auf die Demokratiequalität

Die indische Regierung hat seit dem Wiedererstarken und der zunehmenden Militarisierung der naxalitischen Bewegungen zur Zeit der Jahrtausendwende zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um diesem Phänomen entgegenzuwirken. Nachdem man unter der Regierung der Bharatiya Janata Party (1998–2004), aber auch in den ersten zwei Jahren unter Premierminister Manmohan Singh (Indian National Congress, INC) zunächst weitestgehend unkoordiniert und mit einer starken Betonung auf den Einsatz der Sicherheitskräfte vorging, kam das indische Innenministerium im Jahre 2006 zu dem Schluss, dass nur ein holistischer Ansatz, der neben Sicherheitsfaktoren auch die politische und sozioökonomische Ursachenstruktur der revolutionären Bewegung einbezieht, zum Erfolg führen kann (Union Ministry of Home Affairs 2012). Doch weiterhin besteht für die indische Regierung das Problem, dass „mounting a response is easy, mounting the right response is tough" (Verma 2011: 33). Die meisten Hürden, die sich der Lösung des Problems in den Weg stellen, sind hausgemacht und dem demokratischen System Indiens inhärent (DeBlieck 2006: 50). Der folgende Abschnitt soll die Auswirkungen der von der indischen Regierung ergriffenen Maßnahmen auf die Demokratiequalität Indiens ausloten und somit aufzeigen, an welchen Stellen der indische Staat seine demokratische Legitimität untergräbt und somit die eigene Fähigkeit, den Konflikt zu lösen, aufs Spiel setzt.

Milizen finden sich z. B. in den beiden Erlebnisberichten von Sudeep Chakravarti (2008) und Arundhati Roy (2010).

4.1 Staatliche Zwangsmaßnahmen

Staatliche Zwangsmaßnahmen zur Bekämpfung revolutionärer Bewegungen sollen durch den Einsatz von Polizei und manchmal auch des Militärs die staatliche Kontrolle über Konfliktgebiete wiederherstellen, um die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten zu können. Es geht darum, der Erosion demokratischer Räume (Giri 2009: 463) entgegenzuwirken, indem grundlegende Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und bürgerliche Freiheiten wiederhergestellt werden, was sich positiv auf die Prozess- sowie auf die Inhaltsqualität der Demokratie auswirken soll. Hierbei hat auch der demokratische Staat Indien durch sein Monopol auf die legitime Anwendung von Gewalt das Recht, bewaffnete Sicherheitskräfte gegen gewalttätige Gruppierungen im Innern einzusetzen (*The Constitution of India*, 2006: VII. Schedule, List I, 2A und 80). Die Wiederherstellung von Recht und Ordnung fällt in der Praxis zunächst den einzelnen Bundesstaaten zu, die sich v. a. seit Ende der 1990er Jahre mit unterschiedlichen, stark sicherheitszentrierten Strategien dem Naxaliten-Problem widmeten. Trotz Bekenntnissen zu multidimensionalen Lösungsansätzen“ auf Seiten der Union und der Bundesstaaten dominiert größtenteils auch heute noch der Sicherheitsaspekt (Joseph 2009: 238). Gesetze wie der Prevention of Terrorism Act (POTA) von 2002 und dessen Nachfolger, der wiederbelebte Unlawful Activities (Prevention) Act (UAPA) von 2004, sollten die Bedingungen für eine Implementierung der indischen Sicherheitsstrategie gegenüber den Naxaliten gewährleisten. Diese wurde 2006 in einem Vierzehn-Punkte-Programm des Innenministeriums niedergelegt und sieht u. a. die folgenden Punkte vor:

- Modernisierung und Ausbau der Kapazitäten der Polizei auf Bundesstaatsebene
- Budgeterhöhung und Zuschüsse für den Ausbau sicherheitsrelevanter Infrastruktur
- Unterstützung bei der Ausbildung und Koordination der Polizeikräfte
- Auf- und Ausbau paramilitärischer Spezialkräfte, wie die Commando Batallions for Resolute Action (CoBRA), oder auch die Central Industrial Security Forces (CISF)
- Unterstützung von „local resistance groups“ (Patil 2006)

Vor dem Hintergrund der oftmals schlechten Ausbildung und Ausstattung der Polizeikräfte auf Distriktebene und dem niedrigen Anteil von Polizeikräften gemessen an der Gesamtbevölkerung mit durchschnittlich 122 Polizisten auf 100.000 Einwohner (Joseph 2009: 238)[11] hat der Ansatz der indischen Regierung durchaus das Potential, wichtige Elemente der Prozess-

[11] Die UN empfiehlt eine Ratio von 222 zu 100.000.

qualität der indischen Demokratie zu stärken: Der Kapazitätsausbau treibt die Durchsetzung von Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit, wie z. B. eine flächendeckende Anwendung von Gesetzen und die Gewährleistung der Einhaltung der Rechte aller Bürger voran, während eine verbesserte Koordinierung der Distriktpolizeistationen untereinander und mit der Unionspolizei auch eine Verbesserung der verantwortlichen Amtsführung der Polizisten gewährleisten kann (Union Ministry of Home Affairs 2005: 47). Die potentielle Wirksamkeit solcher Maßnahmen lassen konkrete Polizeioperationen in einzelnen, besonders vom naxalitischen Terror betroffenen Distrikten vermuten, in denen durch die massive Verstärkung der heimischen Polizeikräfte durch geschulte Sondereinheiten zumindest kurzfristig Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werden konnten. Laut eigener Aussage der indischen Regierung bietet dies gleichzeitig auch bessere Bedingungen für marginalisierte Gruppen auf dem Land (v. a. Adivasi und Dalits), am politischen Prozess teilzunehmen, da die sich stabilisierende Sicherheitssituation sie von den Einschüchterungsversuchen der Maoisten befreie und so ihre Partizipation bei Wahlen erst ermögliche (Verma 2011: 36). Zusätzlich ergebe sich durch den starken Ausbau der Polizeikräfte und im Speziellen auch von anti-terroristischen Spezialeinheiten eine Entlastung des Arbeitsmarktes, da man sich hierdurch auf lange Sicht landesweit drei bis vier Millionen neue Arbeitsplätze verspricht, die v. a. den marginalisierten Gruppen eine Aussicht auf Bildung und ein festes Einkommen bieten soll (Verma 2011: 46). Dies lässt also auch auf positive Auswirkungen auf die Inhaltsqualität des demokratischen Systems schließen, indem der indische Staat seiner Verpflichtung zur Schaffung sozialer Gleichheit nachkommt.

Die direkten Auswirkungen des verstärkten Einsatzes der Sicherheitskräfte in von den Maoisten betroffenen Gebieten auf breite Bevölkerungsteile veranschaulichen jedoch die Gefahr, die eine übermäßige Betonung des Sicherheitsaspekts mit sich bringt. So wurden durch massive Polizeiaktionen wie etwa die Operation Green Hunt im Jahr 2009 die demokratischen Strukturen in den Einsatzgebieten eher weiter geschwächt als wiederhergestellt. Die Unionsregierung entsendet für solche Spezialoperationen in einzelnen Bundesstaaten bis zu 70.000 Mann starke Sondereinheiten, die offiziell eine *zero tolerance strategy* verfolgen und teilweise mit ausdrücklichen Schießbefehlen auf „Maoisten“ ausgestattet werden (Getzschmann 2011: 372). Hier wird immer wieder von übermäßiger Brutalität und Gesetzlosigkeit vonseiten der Polizeikräfte berichtet, die die robuste Anti-Terror-Gesetzgebung ausnutzen und ganze Dörfer unter Generalverdacht der Kollaboration mit den Maoisten stellen. So werden Menschen teilweise ohne Beweise oder ausreichenden Verdachtsmoment in Untersuchungshaft ge-

nommen, auch Folter und Vergewaltigungen sind verbreitet, und die Zahl an Todesfällen während der Haft steigt in den betroffenen Gebieten seit den letzten Jahren rapide an (Asian Centre for Human Rights 2011: 9–10, 35–36). Opfer der Gewalt sind v. a. Adivasi-Gemeinschaften und Mitglieder der unteren Kasten, aber auch Menschenrechts- und Gewerkschaftsaktivisten, die von der Polizei häufig automatisch als Unterstützer der Maoisten verdächtigt werden. Um das dichte und für die Sicherheitskräfte oft undurchschaubare Beziehungsnetz zwischen Guerillaeinheiten der Maoisten und ländlichen Dorfgemeinschaften oder Adivasi- und Dalitorganisationen zu untergraben, werden ganze Dörfer zwangsumgesiedelt. Die Bewohner werden in Lager entlang gut überwachbarer Hauptstraßen verbracht und dann dort bar jeder Lebensgrundlage sich selbst überlassen (Asian Centre for Human Rights 2007: 3, 8).

Die Praxis, „local resistance groups“ aufzubauen und mit Waffen auszustatten, ist ebenso sehr verbreitet und gehört offiziell zur Anti-Naxaliten-Strategie der Regierung (Patil 2006), wird jedoch nach einem viel beachteten Urteil des Supreme Court of India im Jahre 2011 mittlerweile auch von staatlicher Seite kontrovers diskutiert (Dwivedi 2010: 41). So werden in ländlichen Gebieten mit geringer Polizeidichte freiwillige Zivilisten bewaffnet und in drei Monaten zu sogenannten Special Police Officers (SPOs) ausgebildet, um den Sicherheitskräften als Informanten und Hilfspolizisten helfend zur Seite zu stehen. Sinnbildlich für das Problem mit diesen Milizenverbänden auf lokaler Ebene lässt sich das Beispiel Salwa Judum nennen: Es handelt sich hierbei um eine 2005 im von Naxaliten besonders betroffenen Bundesstaat Chhattisgarh gegründete Milizarmee, welche (wie auch die Guerillaeinheiten der Maoisten) landlose und mittellose Bauern und v. a. auch Adivasi rekrutiert, um gegen maoistische Verbände und deren Unterstützer vorzugehen. Die Miliz geriet jedoch völlig außer Kontrolle und ist für einen Großteil der Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, die in Chhattisgarh seit 2005 begangen wurden (Miklian 2009: 442). Ihr Einsatz führte dazu, dass betroffene Gebiete in bürgerkriegsähnliche Zustände abglitten, sodass der Bundesstaat seit Jahren die Liste der Todesfälle im Zusammenhang mit Konfrontationen zwischen links-extremen Gruppierungen und den Sicherheitskräften anführt (SATP 2013b). In seinem Urteil von 2011 betont der Supreme Court of India, dass die Bewaffnung von Zivilisten zur Bekämpfung von revolutionären Bewegungen nicht verfassungskonform ist, bezog sein Urteil jedoch explizit nur auf den Bundesstaat Chhattisgarh.[12]

---

[12] „The State of Chattisgarh (shall, Anm. d. Verf.) immediately cease and desist from using SPOs in any manner or form in any activities, directly or indirectly, aimed at controlling,

Die Auswirkungen dieser von der Unionsregierung geförderten und von vielen betroffenen Bundesstaaten betriebenen Praxis auf die Prozessqualität der indischen Demokratie tritt hier offen zu Tage: Die Rechtsstaatlichkeit, welche die Sicherheitskräfte in die von maoistischer Gewalt gebeutelten Distrikte zurückbringen sollten, untergraben diese durch grobe Menschenrechtsverletzungen und übermäßige Gewaltanwendung selbst systematisch und höhlen somit jeden Glauben der Bevölkerung an die Herrschaft des Gesetzes aus. Die illegal bewaffneten Milizen und Privatarmeen verselbstständigen sich zunehmend und entbehren jeglicher Rechenschaftspflicht gegenüber staatlichen Institutionen. Die Erosion der demokratischen Verantwortlichkeit wird zusätzlich durch die weitestgehend ausbleibende Sanktionierung der betreffenden Sicherheitskräfte in Form von Straffreiheit vorangetrieben. Die Dimensionen der politischen Partizipation und des Wettbewerbs werden zusätzlich durch das unverhältnismäßig harsche Vorgehen der Unions- und Bundesstaatsregierungen gegen linke Parteien, Vereinigungen, Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und deren Vertreter beschädigt.

So findet auf Grundlage der sehr unbestimmten Definition von „Straftaten bzgl. Unterstützung für eine terroristische Organisation“ im Rahmen des mittlerweile umbenannten, doch nur leicht modifizierten Anti-Terror-Gesetzes POTA eine breitflächige Kriminalisierung kritischer Stimmen – v. a. aus dem moderaten linken Lager – statt (Unlawful Activities (Prevention) Act 2008: Chap. II, IV, VI).[13] Durch das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte greift der Staat auf das Tiefste in bürgerliche Freiheiten wie die Versammlungs- und Meinungsfreiheit ein und beschneidet durch Druck, Einschüchterung und Umsiedlung die elementarsten politischen und auch sozialen Rechte, wie beispielsweise das Recht zur Beteiligung am politischen Prozess oder das Recht auf Privatbesitz. Am schwersten wiegt jedoch die Missachtung der menschlichen Würde und des Rechtes auf Leben und Sicherheit, welche v. a. gegenüber der sowieso bereits benachteiligten Gruppen am Rande der Gesellschaft geschieht. Die unterschiedslose Anwendung gegen und Involvierung von Zivilisten in Gewalt durch Vertreter des Staates lässt das erforderliche Verantwortungsgefühl gegenüber der Bevölkerung betroffener Gebiete vermissen. Die Betonung des Sicherheitsaspekts durch die indischen Entscheidungsträger und die exzessive Ausführung der entsprechenden Gesetze durch die Sicherheitskräfte

---

countering, mitigating or otherwise eliminating Maoist/Naxalite activities in the State of Chhattisgarh“ (Supreme Court of India 2011: 54).

13 Z. B. die Verfolgung der kritischen Journalistin Arundhati Roy oder die Festnahme des Menschenrechtsaktivisten Binayak Sen.

entsprechen weder dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit und Ordnung, noch konnten sie effektiv zur Lösung des Naxaliten-Konfliktes beitragen und entbehren somit jeglicher Responsivität. Abhilfe könnten nur dosierte und durch eine verbesserte Aufklärungsarbeit vor Ort fundierte staatliche Maßnahmen schaffen. Diese Erkenntnis setzt sich mittlerweile nach und nach in der indischen Regierung durch, und sie versucht nun vermehrt durch ein erweitertes Maßnahmenspektrum die „credibility gap between democracy as a value and its practice" (Jamwal 2003: 70) zu schließen.

4.2 Politische Inklusion

Obwohl Indien als größte Demokratie der Welt vielen als Musterbeispiel einer erfolgreichen Konsolidierung gilt, fühlen sich große Teile der Bevölkerung – vor allem auf dem Land – vom demokratischen Prozess ausgeschlossen und von der indischen Regierung vergessen. Der demokratische Raum für legale Formen der Meinungsäußerung schrumpft nicht zuletzt durch das radikale Durchgreifen der Sicherheitskräfte in den von Naxaliten betroffenen Gebieten, sodass „non-violent social movements have reached a dead-end" (Giri 2009: 474). Dass diese Situation marginalisierte Gruppen wie Adivasi und landlose Bauern in die Arme der Naxaliten treibt, die den „benachteiligten Klassen" Anerkennung und Beteiligung versprechen, scheint auch die indische Regierung realisiert zu haben: So nimmt sie seit 2005/6 nun auch vermehrt die Notwendigkeit politischer Inklusion und Good Governance in ihre Zielkataloge zur Bekämpfung revolutionärer Bewegungen auf (Union Ministry of Home Affairs 2012).[14]

Auf der Ebene der Bundesstaaten wurden ab dem Jahr 2005 zunehmend Versuche unternommen, Friedensgespräche mit den dominierenden maoistischen Parteien und Guerillaverbänden wie beispielsweise der CPI (Maoist) aufzunehmen. Man verband damit die Hoffnung die Naxaliten durch eine Reintegration in den politischen Prozess zur Aufgabe des gewaltsamen Kampfes zu bewegen, wie es zwei Jahre später auf ähnliche Weise auch mit den maoistischen Rebellen in Nepal gelungen war (Getzschmann 2011: 362). Während andere Bundesstaaten noch zurückhaltend auf diese friedliche Option der Konfliktbeilegung reagierten, nahm Andhra Pradesh eine Vorreiterrolle ein und verzichtete als erster Bundesstaat auf die Niederlegung aller Waffen durch die Maoisten als Vorbedingung für Friedensgespräche. Die Gespräche führten zunächst zur Vereinbarung einer

[14] „(...) ensuring rights of local communities, improvement in governance and public perception management, (…) assistance in community policing and civic action programmes etc".

dreimonatigen Waffenruhe, während der weder die Sicherheitskräfte noch die Guerillaverbände der Maoisten bewaffnete Aktionen durchführen sollten (Haragopal 2012: 8–9). Diese Waffenruhe wurde recht schnell wieder durch Kämpfe unterbrochen, doch hatte sie in den von Scharmützeln zwischen Sicherheitskräften und Naxaliten beherrschten Distrikten Andhra Pradeshs für die Bevölkerung unmittelbar erfahrbare positive Auswirkungen auf die Sicherheitslage.

Somit kann dieser Verhandlungsversuch im Hinblick auf die verbesserte Law-and-order-Situation zumindest vorübergehend als ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der demokratischen Prozessqualität gewertet werden. Zusätzlich ließ sich in großen Teilen der Bevölkerung eine sehr positive Stimmung gegenüber Friedensgesprächen feststellen, sodass das Engagement der Regierung von Andhra Pradesh als Zeichen steigender Bereitschaft zu einer gewissen Responsivität gegenüber der Gesellschaft gewertet werden kann. Zu einer dauerhaften Partizipation des radikalen linken Lagers am demokratischen Prozess führten die Gespräche jedoch nicht, da die Regierung von Andhra Pradesh offensichtlich nicht ernsthaft daran interessiert war, die Jagd der Sicherheitskräfte auf hochrangige Kader der CPI (Maoist) zu stoppen (Balagopal 2005). Durch die Ermordung einiger Maoistenführer, die auch an den Friedensverhandlungen teilgenommen hatten, untergrub die Regierung den in Gang gesetzten Prozess sofort wieder und bewirkte durch ihren Wortbruch einen fundamentalen Vertrauensverlust, der eine politische Inklusion von Parteien am äußeren Rand des linken Spektrums auch in den Jahren darauf verhinderte (*The Indian Express* 2010).[15] Der Versuch, diesen Vertrauensverlust durch ein Gesetz zur Wiedereingliederung von Guerillakämpfern durch „incentives to surrender" (Kataria 2010: 32) im Jahr 2009 zu kompensieren, scheint eine vielversprechende Strategie zur Reintegration desillusionierter Untergrundkämpfer zu sein. Dieses Vorgehen kann aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht als ein durchschlagender Erfolg bezeichnet werden, da in den Jahren 2009 und 2010 indienweit insgesamt nur etwa 400 Maoisten diese Möglichkeit in Anspruch nahmen und es noch nicht absehbar ist, ob das Programm erfolgreich Anreize für eine nachhaltige Reintegration der Guerillakämpfer in die indische Gesellschaft setzen kann (Maken 2010).

Auffällig bemüht sind auch die Maßnahmen der indischen Unionsregierung, die sich nicht explizit an Mitglieder der Naxaliten, sondern eher an deren Sympathisanten und potentielle Mitglieder aus den marginalisierten Bevölkerungsschichten wenden. Dazu gehört zunächst einmal eine Medien-

[15] Seitdem lehnte es die CPI (Maoist) immer wieder kategorisch ab, Friedensverhandlungen mit Regierungsstellen aufzunehmen.

und Kommunikationsoffensive, die durch eine Flut an Postern, Radio- und Fernseheinspielungen und Informationsveranstaltungen das Verständnis der Bevölkerung für die Komplexität des Konflikts erhöhen soll und über die Maßnahmen informiert, welche der Staat zur Behebung der Ursachen ergriffen hat (Kataria 2010: 32). Inwieweit hier aufrichtige Informationsarbeit geleistet wird, ist natürlich strittig, doch kann man das offensichtliche Bedürfnis der Regierung, sich vor dem eigenen Volk zu rechtfertigen, auch durchaus als ersten Schritt auf dem Weg zum Ausbau einer umfassenden, auch zwischen den Wahlen funktionierenden vertikalen Verantwortlichkeit zwischen Wählern und Gewählten sehen.

Ebenso wendet man sich verstärkt an die indische Stammesbevölkerung, deren traditionelle Siedlungsräume in den bergigen Wäldern Zentralindiens von der indischen Regierung seit Jahrzehnten vernachlässigt wurden und beliebte Rückzugsgebiete für die maoistischen Guerillakämpfer darstellen. Hier geht es v. a. um *local empowerment* der Adivasi durch den Ausbau administrativer Kapazitäten sowie durch Gesetze wie z. B. dem Panchayat (Extension to Scheduled Areas) Act (PESA) von 1996. Der PESA Act sieht die Übertragung der Verfügungsgewalt über das Land in *scheduled tribe areas* an die lokalen Ältestenräte (Gram Sabha) der Adivasi vor, um sie so besser vor Missbrauch durch internationale Konzerne, Großgrundbesitzer und Geldverleiher zu schützen und ihnen zu einer einflussreicheren Position in den eine Ebene höher liegenden, gewählten Gemeindeversammlungen (Gram Panchayat) zu verhelfen (Verma 2011: 16). Dies sollte die Adivasi zu einer größeren Partizipation an regionalen Entscheidungsprozessen ermutigen und sie ihrer Rechte bewusst werden lassen. Sonderrechte für benachteiligte Minderheiten haben in Indien eine lange Tradition und stehen sinnbildlich für das Staatsmotto der *unity in diversity*, sind jedoch im Hinblick auf ihre demokratischen Auswirkungen sehr umstritten. Indische Kritiker – v. a. aus dem linken Lager – betonen immer wieder, dass Sonderrechte wie die konstitutionell festgelegte Quotenregelung für Scheduled Castes und Scheduled Tribes bis heute nicht zu einem Rückgang der Diskriminierung ethnischer Minderheiten und unterer Kasten geführt haben, sondern diese ungerechten Gesellschaftsstrukturen nur noch weiter verfestigen.

Ähnliche Kritik wurde auch bei Einführung des PESA Acts geäußert: So befürchtete man, dass die Adivasi ihre neu gewonnene Verfügungsgewalt über ihr Land dazu nutzen würden, sich vom Rest der Dorfgemeinschaft zurückzuziehen und sich jeglicher Partizipation am politischen Prozess zu entziehen. Außerdem würden solche Sonderrechte die Konflikte der Adivasi mit höherkastigen, hinduistischen Nachbarn weiter eskalieren lassen und lediglich zu gesteigerter Diskriminierung durch Letztere führen (Azad 2006:

4383). Da jedoch die Umsetzung des PESA Act äußerst unvollständig und fehlerhaft verlief, stellte sich dieses Problem in den meisten Bundesstaaten erst gar nicht. Primär aus wirtschaftlichen Interessen an den rohstoffreichen Waldgebieten in den *scheduled tribe areas* umging man auf Distriktebene meist die Implementierung des Gesetzes und überließ die Verfügungsgewalt über das Territorium den Gram Panchayats, die in den meisten Gemeinden von höheren Kasten und Großgrundbesitzern dominiert werden (Verma 2011: 21). Der nur schleppend vorangehende Ausbau der administrativen Strukturen auf lokaler Ebene und ein Mangel an Kontrolle durch höhere Ebenen fördert so die Korruption und untergräbt auch weiterhin die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und administrativer Verantwortlichkeit in den von Benachteiligung am stärksten betroffenen Dorfgemeinschaften. Eine Partizipation der benachteiligten Adivasi-Gemeinschaften wird so systematisch verhindert. Die Mängel, die hier in den prozeduralen Dimensionen von Demokratie auftreten, wirken auf diese Weise äußerst hemmend auf die Verwirklichung einer grundlegenden politischen Gleichheit der ländlichen Bevölkerung vor Gesetz und Staat. So wird eine Rückbindung des Staates an die Wünsche und Hoffnungen marginalisierter Gruppen kaum erreicht, ganz im Gegenteil, denn der „state itself has become the principal violator of tribal rights“ (Verma 2011: 21). Besonders im Hinblick auf die Maßnahmen zur politischen Inklusion treten hier also negative Effekte auf allen drei Bereichen der Demokratiequalität auf: Es werden Freiheitsrechte und Prinzipien politischer Gleichheit und Partizipation propagiert, während sie gleichzeitig durch den Staat unterlaufen werden, weil er nicht in der Lage ist, Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten und Korruption einzudämmen. Versuche, die staatliche Responsivität durch eine verbesserte Kommunikation mit den maoistischen Gruppen sowie v. a. mit den marginalisierten Bevölkerungsschichten zu erhöhen, waren vielversprechend. Jedoch scheint sich diese Praxis noch lange nicht in allen Bundesstaaten und insbesondere nicht auf allen Ebenen der staatlichen Administration durchgesetzt zu haben.

4.3 Sozioökonomische Inklusion

Bei der Formulierung der indischen Verfassung, die 1950 in Kraft trat, hat man sich bewusst dafür entschieden, soziale Rechte, wie z. B. das Recht auf Arbeit und gerechten Lohn, auf gleiche Lebensverhältnisse, Gesundheit und Bildung etc. aufzunehmen (*The Constitution of India*, 2006: Part IV). Trotzdem fällt es den Naxaliten heute erstaunlich leicht, die Mehrheit ihrer Mitglieder aus den traditionell sozioökonomisch benachteiligten Gruppen der Dalits und Adivasi zu rekrutieren, die in den letzten 60 Jahren keine grundlegende Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erfahren haben. Dem-

entsprechend sind die Maoisten v. a. in den ärmsten, in ihrer Modernisierung zurückgebliebenen Bundesstaaten wie Andhra Pradesh, Chhattisgarh, Jharkhand, Bihar oder Orissa besonders erfolgreich (Borooah 2008: 333). Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, hat die indische Regierung die Entwicklung rückständiger Gebiete im Jahr 2004 zur Priorität erklärt und die Bundesstaaten aufgefordert, durch Modifikationen in ihren Jahresplänen dieses Ziel mit aller Kraft voranzutreiben (Union Ministry of Home Affairs 2005: 48). Im Rahmen der Hold-and-develop-Strategie gegenüber den Naxaliten hat der indische Staat in den letzten zehn Jahren eine große Zahl an Entwicklungsgesetzen verabschiedet und hohe finanzielle Zuschüsse an die betroffenen Bundesstaaten ausgeteilt. Gebündelt hat man einen Großteil dieser Maßnahmen 2009 im Integrated Action Plan for Selected Tribal and Backward Districts (IAP), in dessen Rahmen ausgewählte, unterentwickelte und von maoistischer Gewalt betroffene Distrikte gezielt gefördert werden sollen, um dem konstitutionell festgelegten Ziel der sozialen Gleichheit näher zu kommen.

Der Action Plan fokussiert sich auf Programme zur Förderung des Wirtschaftswachstums, Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zum Ausbau der Infrastruktur (Planning Commission, Gov. of India 2009: 1). Bei der Umsetzung der umfassenden Programme ergaben sich jedoch sehr schnell altbekannte Probleme: So wurden allein im Jahr 2010 insgesamt 33 Mrd. Rupien als Unterstützungsleistung der Unionsregierung für IAP-Entwicklungsprogramme an die Bundesstaaten ausgegeben, ohne eine Zweckbindung ausreichend zu präzisieren. Den Geldregen, den solche Entwicklungsprogramme mit sich bringen, möchte sich auf Ebene der Bundesstaaten niemand entgehen lassen, und so erreichen lediglich Bruchteile der Sonderzuweisungen tatsächlich die bedürftigen Zielgruppen (Dwivedi 2010: 44). Manipulationen oder Umleitungen von Projektzuweisungen vor Ort durch lokale Eliten ließen sich bereits bei vorherigen Entwicklungsprogrammen wie beispielsweise dem National Rural Employment Guarantee Act (NREGA) von 2005 beobachten (Raabe et. al. 2010: 24).[16] Die Finanzierungspolitik der Unionsregierung offenbart hier einen akuten Mangel an Kontrollmechanismen zur Herstellung von finanzieller Verantwortlichkeit der Distriktbehörden gegenüber den Regierungen der Bundesstaaten, sowie der Letzteren gegenüber der

[16] Dies betrifft v. a. Manipulationen bei der Formulierung von Förderplänen in den Distrikten oder Korruption bei der Austeilung der "Arbeitskarten". Eingebaute Kontrollmechanismen zur Verminderung der betrügerischen Ableitung finanzieller Mittel bei der Auszahlung von Löhnen im Rahmen des NREGA waren gleichzeitig jedoch recht erfolgreich (Drèze/Khera 2008).

Unionsregierung. Auf diese Weise fördert man die Korruption auf allen Ebenen, wodurch zu einer weiteren Erosion der Rechtsstaatlichkeit beigetragen und somit die demokratische Prozessqualität untergraben wird.

Zusätzlich kamen die Maßnahmen zur Produktivitätserhöhung in der Landwirtschaft im Rahmen des IAP größtenteils gar nicht den benachteiligten Zielgruppen zugute, da die Mehrheit der Adivasi und unteren Kasten auf dem Land entweder über gar kein eigenes Land mehr verfügen, als Lohnarbeiter für Großgrundbesitzer durch die induzierten Modernisierungsmaßnahmen einfach wegrationalisiert wurden oder durch den Erwerb neuer Saatsorten und Düngemittel in eine Schuldenfalle tappten. So wurden die sozialen Ungleichheiten auf dem Land eher verfestigt, wenn nicht sogar verschärft, was nicht zuletzt an einer mangelnden Berücksichtigung der tatsächlichen Bedürfnisse der marginalisierten Gruppen lag (Binoj 2011: 4).

Dieser Mangel spiegelt sich ebenso in der bereits seit Jahren betriebenen Einrichtung von Sonderentwicklungszonen (SEZ) wieder, die laut Unionsregierung durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Steigerung der Wirtschaftsleistung besonders den benachteiligten Gruppen in den unterentwickelten aber rohstoffreichen Bundesstaaten zugute kommen. In der Realität hat dies jedoch eher gegenteilige Folgen für soziale Randgruppen, insbesondere für die Adivasi, denen durch den bereits zuvor erwähnten Panchayat (Extension to Scheduled Areas) Act eigentlich eine umfassende Partizipation an Entscheidungen über die Nutzung der rohstoffreichen Wälder ermöglicht werden sollte. Da die Bundesstaaten aus eigennützigen Gründen an einer Erschließung der Wälder für die Förderung der Rohstoffe interessiert sind, untergraben sie den PESA Act systematisch und schließen die Adivasi Gemeinschaften teilweise gar durch polizeiliche Einschüchterungsmaßnahmen von entsprechenden Abstimmungen aus (Getzschmann 2011: 184f). Dadurch, dass man betroffene Gemeinschaften kaum in Entscheidungsprozesse einbezieht und als „objects of the development process“ (Punter 2011: 45) behandelt, werden ihnen gesetzlich garantierte Partizipationsrechte vorenthalten. Außerdem werden durch illegale Enteignungen und gezielte Gewaltanwendungen gegen Adivasi-Aktivisten und nicht zuletzt auch die ökologischen Folgen der Rohstoffförderung demokratische Rechte und Freiheiten der betroffenen Bevölkerung verletzt und den Adivasi ein Leben in Würde und Frieden verwehrt, während sich an der massiven sozialen Ungleichheit auf dem Land so gut wie nichts ändert. Unter dem Deckmantel der Herstellung sozialer Gleichheit werden wichtige Dimensionen prozeduraler Demokratiequalität, wie etwa Partizipation, vertikale Verantwortlichkeit und nicht zuletzt die Rechtsstaatlichkeit beschädigt, während die zuständigen indischen Entscheidungsträger eher gegenüber ihren eigenen Interessen als gegenüber denen der breiten Bevölkerung responsiv sind.

5. Zusammenfassung

In diesem Artikel ging es darum, die staatlichen Zwangsmaßnahmen sowie die Maßnahmen zur politischen und sozioökonomischen Inklusion, welche der indische Staat zur Bekämpfung der sozialrevolutionären Bewegung der Naxaliten durchführt, auf ihre Auswirkungen auf die indische Demokratiequalität hin zu untersuchen, um eine Verbindung zwischen dem selbst induzierten Legitimationsdefizit der indischen Regierung und dem trotz Gegenmaßnahmen weiter andauernden Naxaliten-Konflikt zu ziehen. Analysiert wurde dabei eine kleine Auswahl der staatlichen Maßnahmen innerhalb der letzten zwölf Jahre. Die Kategorisierung des relativ abstrakten Begriffs der Demokratiequalität in Inhalt, Prozess und Resultat nach Diamond / Morlino machte es dabei möglich, die Vielschichtigkeit der Effekte, die die staatlichen Maßnahmen der indischen Regierung gegenüber den Naxaliten auf die Bevölkerung haben, sichtbar zu machen und zu strukturieren.

Insgesamt betrachtet, erscheint die offiziell als holistische Hearts-and-minds-Strategie beschriebene Vorgehensweise des indischen Staates gegenüber den Naxaliten noch immer stark sicherheitszentriert. Der Einsatz der bewaffneten Sicherheitskräfte ist dabei offenbar von einem recht unkoordinierten, robusten Vorgehen geprägt, welches bisher eher zu einer Eskalation des Konfliktes und somit auch zu einer weiteren Erosion staatlicher Legitimität geführt hat. Maßnahmen der politischen und sozioökonomischen Inklusion gegenüber der marginalisierten Rekrutierungsbasis der Naxaliten klingen vielversprechend, treffen jedoch vor Ort häufig auf einen schlecht funktionierenden und von lokalen Eliten vereinnahmten Verwaltungsapparat, der der komplexen Realität des Konflikts nicht gerecht werden kann. Auffällig ist vor allem die Kontraproduktivität vieler Maßnahmen im Rahmen der Gegenoffensive gegen die Naxaliten, die zu einer grundlegenden Erosion der indischen Demokratiequalität und somit im Endeffekt auch zu einer ständigen Neubelebung der naxalitischen Gewalt führen. Aus der Perspektive der Inhaltsqualität ist festzustellen, dass grundlegende demokratische Werte der Freiheit und Gleichheit in vielen Fällen leichtfertig verletzt werden, um zu „wichtigeren“ Zielen wie staatlicher Kontrolle und Wirtschaftswachstum oder auch persönlicher Bereicherung zu gelangen. Dabei werden in erster Linie die Rechte der ohnehin bereits benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen untergraben, die somit keinerlei Aussicht auf soziale und politische Gleichheit haben und sich aus diesen Gründen auch weiterhin vom Staat ab- und den Maoisten zuwenden.

Dies lässt sich in erster Linie auf Mängel im Bereich der Prozessqualität zurückführen, welche durch die Maßnahmen der Regierung gegen die Ausbreitung der Naxaliten systematisch verstärkt werden: Während die

wahllose Ausschüttung finanzieller Unterstützungsmittel an die Bundesstaaten die Korruption fördert, findet eine flächendeckende, gleiche Anwendung der Sozialgesetze, die zur Lösung des Konflikts beitragen sollen, nicht statt. Ganz im Gegenteil werden diese Regelungen häufig durch Beamte auf allen Ebenen missachtet, oder es werden vorhandene Handlungsspielräume in der Gesetzeslage je nach persönlicher Interessenlage entsprechend ausgenutzt. Der mögliche Einspruch der betroffenen Bevölkerung wird durch die Manipulation und Einschränkung partizipativer Rechte ausgeschlossen. Die Überreaktion der Sicherheitskräfte schränkt die Rückbindung staatlicher Entscheidungsträger an Bedürfnisse und Kritik aus den marginalisierten Bevölkerungsgruppen dabei zusätzlich ein, indem sie eine gesamte gesellschaftliche Schicht bzw. ein gesamtes politisches Lager unter Generalverdacht stellt und sie durch Zwangsmaßnahmen vom politischen Wettbewerb isoliert. Da sich die Unionsregierung bisher darauf beschränkt, einen allgemeinen Gesetzesrahmen und unverbindliche Empfehlungen zur Bekämpfung der Naxaliten durch die Bundesstaaten bereitzustellen, hierfür Geldmittel auszugeben und sich ansonsten herauszuhalten, können auch keine Verantwortlichkeitsbeziehungen niederer Ebenen gegenüber einer wachsamen Zentralregierung entstehen. Sanktionen für Fehlverhalten bleiben deshalb regelmäßig aus. Die Folge dieser prozeduralen Mängel ist, dass die erwünschten Effekte der ergriffenen Maßnahmen entfallen oder sich gar ins Gegenteil wenden, indem die Lebensbedingungen in betroffenen Gebieten zusätzlich verschlimmert werden und sich somit auch im Hinblick auf die Resultatsqualität kein positives Bild ergibt. So bleibt die „Ganzheitlichkeit“ der Strategie gegenüber den Naxaliten ein offenes Versprechen, dessen Einlösung die Bereitschaft der Unionsregierung erfordert, gegenüber den Bundesstaaten eine größere Verantwortung für die Koordination und Durchsetzung der ergriffenen Maßnahmen zu übernehmen. Denn andernfalls droht eine weitere enttäuschte Abwendung benachteiligter Gruppen vom indischen Staat, denen die Maoisten oft als einziger Garant ihrer demokratischen Rechte erscheinen.

Literaturverzeichnis:

Ahuja, Pratul / Ganguly, Rajat (2007): The Fire Within. Naxalite Insurgency Violence in India. *Small Wars and Insurgencies* 18(2), S. 249–274.

Asian Centre for Human Rights (2007): Naxal Conflict in 2006. Report. ACHR, New Delhi. Abgerufen am 23. März 2013. http://www.achrweb.org/reports /india/ naxal0107.pdf.

Asian Centre For Human Rights (2011): Torture in India 2011. Report. ACHR, New Delhi. Abgerufen am 23. März 2013. http://www.achrweb.org/reports/india/torture2011.pdf.

Azad (2006): Maoists in India. A Rejoinder. *Economic and Political Weekly* 41(41), S. 4379–4383.

Balagopal, K. (2005): Naxalites in Andhra Pradesh. Have We Heard the Last of the Peace Talks? *Economic and Political Weekly* 40(13), S. 1323–1329.

Balchand, K. (2011): Winning hearts key to winning battle against Naxalism, says Chidambaram. *The Hindu*, 13. September. Abgerufen am 04. März 2013. http://www.thehindu.com/news/national/winning-hearts-key-to-winning-battle-against-naxalism-says-chidambaram/article2449712.ece.

Bemelmans-Videc, Marie-Louise (2003): Introduction. Policy Instrument Choice and Evaluation. In: Marie-Louise Bemelmans-Videc / Ray C. Rist / Evert Vedung (Hg.): *Carrots, Sticks and Sermons. Policy Instruments and their Evaluation*. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers, S. 1–20.

Binoj, Jose (2011): Peace and Eco-Social Justice. Failed Distributive Justice, Violence and Militancy in India. *Public Policy and Administration Research* 1(3), S. 1–7.

Borooah, Vani K. (2008): Deprivation, Violence, and Conflict. An Analysis of Naxalite Activity in the Districts of India. *International Journal of Conflict and Violence* 2(2), S. 317–333.

Chakravarti, Sudeep (2008): *Red Sun. Travels in Naxalite Country*. New Delhi: Penguin Books.

Cheema, G. Shabbir / Popovski, Vesselin (2010): Building Trust in Governance. An Introduction. In: G. Shabbir Cheema / Vesselin Popovski (Hg.): *Building Trust in Governance. Innovations in Governance Reform in Asia*. New York: United Nations University Press, S. 1–21.

DeBlieck, Sean (2006): Why Mao? Maoist Insurgency in India and Nepal. *Peace, Conflict and Development* 9(9), S. 35–73.

Diamond, Larry / Morlino, Leonardo (2004): The Quality of Democracy. An Overview. *Journal of Democracy* 15(4), S. 20–31.

Drèze, Jean / Khera, Reetika (2008): Corruption in NREGA. Myths and Reality. *The Hindu*, 22. Januar. Abgerufen am 20.März 2013. www.hindu.com/2008/ 01/ 22/stories/2008012254901000.htm.

Dwivedi, Manan (2010): The Red Ink Bloodies the Land India Colored. *The Indian Police Journal* 57(3), S. 37–46.

Friedel, Andreas (2011): „Hearts and Minds“ vs. „Carrots and Sticks“? Ansätze der COIN-Forschung. In: Martin Sebaldt / Alexander Straßner (Hg.): *Aufstand und Demokratie. Counterinsurgency als normative und praktische Herausforderung*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 92–114.

Getzschmann, Lutz (2011): *Indien und die Naxaliten. Agrarrevolten und kapitalistische Modernisierung*. Köln: ISP Verlag.

Giri, Saroj (2009): The Maoist “Problem” and the Democratic Left in India. *Journal of Contemporary Asia* 39(3), S. 463–474.

Greene, Thomas H. (1974): *Comparative Revolutionary Movements*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall.

Haragopal, H. (2012): A Note on Peace Talks in Andhra Pradesh. Some Lessons. *Frontier Weekly*, 10. Februar. Abgerufen am 10. März 2012. http://frontierweekly.com/opinion/feb-12/10-2-12%20-A%20Note%20on%20Peace%20Talks%20in%20Andhra%20Pradesh%20-Some%20Lessons%20-Prof.%20G.%20Haragopal.pdf.

Harnetiaux, Keith J. (2008): The Resurgence of Naxalism. How Big a Threat to India? Master thesis, Naval Postgraduate School, Monterey, California.

Jamwal, N.S. (2003): Counter Terrorism Strategy. *Strategic Analysis* 27(1), S. 56–78.

Jaschke, Hans-Gerd (1991): *Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Jawaid, Sohail (1979): *The Naxalite Movement in India. Origin and Failure of the Maoist Revolutionary Strategy in West Bengal 1967–1971*. New Delhi: Associated Pub. House.

Joseph, A. Mallika (2009): Leading Ahead, Yet Far Behind. Governance of the Security Sector in India. *South Asian Survey* 16(2), S. 231–251.

Kaiser, André / Lehnert, Matthias / Miller, Bernhard / Sieberer, Ulrich (2002): The Democratic Quality of Institutional Regimes. A Conceptual Framework. *Political Studies* 50, S. 313–331.

Kataria, S.K. (2010): Left Extremism in India Causes and Remedies. *Indian Police Journal* 57(3), S. 29–36.

Kilcullen, David J. (2006): Three Pillars of Counterinsurgency. Vortrag auf der U.S. Government Counterinsurgency Conference, 28. September, Washington D.C.

Kriesberg, Louis (2008): Conflict Transformation. In: *Encyclopedia of Violence, Peace & Conflict*. Austin, TX: Elsevier, S. 401–412.

Linz, Juan J. / Stepan, Alfred C. (1996): Toward Consolidated Democracies. *Journal of Democracy* 7(2), S. 14–33.

Mahadevan, Prem (2012): The Maoist Insurgency in India. Between Crime and Revolution. *Small Wars and Insurgencies* 23(2), S. 203–220.

Maken, Shri Ajay (2010): Naxals Surrender and Rehabilitation Policy. Report to the Rajya Sabha, 01 December, New Delhi. Auf der Website des Institute for Conflict Management. Abgerufen am 26. März 2013. http://www.satp.org/satporgtp/countries/india/document/papers/2010/Naxalpolicy.htm.

Mehra, Ajay K. (2008): India's Experiment with Revolution. Working Paper No. 40, Heidelberg Papers in South Asian and Comparative Politics.

Miklian, Jason (2009): The Purification Hunt. The Salwa Judum Counter-Insurgency in Chhattisgarh, India. *Dialect Anthropol* 33, S. 441–459.

Morlino, Leonardo (2004): 'Good' and 'Bad' Democracies. How to Conduct Research into the Quality of Democracy. *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 20(1), S. 5–27.

Münkler, Herfried (2006): *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

Patil, Shivraj (2006): Status Paper on the Naxal Problem. Union Home Minister Shivraj Patil, 13 March, New Delhi. Auf der Website des Institute for Conflict Management. Abgerufen 25. März 2013. http://www.satp.org/satporgtp/countries/india/document/papers/06mar13_naxal%20problem%20.htm.

Planning Commission, Government of India (2009): Backward Districts Initiative (Rashtriya Sam Vikas Yojana). The Scheme and Guidelines for Preparation of District Plans. New Delhi. Abgerufen am 18. März 2012. http://www.ruraldev.gujarat.gov.in/pdfs/rsvy-guidelines.pdf.

Punter, Cody William (2011): The Naxalite Movement in India from Independence until the Present. Theoretical and Pragmatic Challenges of Counterinsurgency within the Framework of a Constitutional Democracy. Master thesis, o. O. Abgerufen am 05. Februar 2012. http://www.atlantic-community.org/app/webroot/files/articlepdf/Punter.pdf.

Raabe, Katharina / Birner, Regina / Sekher, Madhushree / Gayathridevi, K.G. / Shilpri, Amrita / Schiffer, Eva (2010): How to Overcome the Governance Challenges of Implementing NREGA. IFPRI Discussion Paper 00963. Washington, D.C.: International Food Policy Research Institute

Roy, Arundhati (2010): Walking with the Comrades. *Outlook India Magazine*, 29. März. Abgerufen am 20. August 2012. http://www.outlookindia.com/article.aspx?264738.

Rübenach, Stephanie (2011): Counterinsurgency. Eine asymmetrische Form des Krieges. In: Martin Sebaldt / Alexander Straßner (Hg.): *Aufstand und Demokratie. Counterinsurgency als normative und praktische Herausforderung*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 61–91.

Schedler, Andreas (1998): What is Democratic Consolidation? *Journal of Democracy* 9(2), S. 91–107.

Schneckener, Ulrich (2003): Warum manche den Frieden nicht wollen. Eine Soziologie der „Störenfriede“. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Schneckener, Ulrich (2007): Internationales Statebuilding. Dilemmata, Strategien und Anforderungen an die deutsche Politik. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Singh, Manmohan (2011): PMs Speech at the Governors’ Conference, 13 October, New Delhi. Abgerufen am 14. April 2012. http://pmindia.nic.in/speech-details.php?nodeid=1076

South Asia Terrorism Portal (SATP) (2013a): India Maoist Assessment – 2013. Report. Delhi. Abgerufen am 18. Mai 2013 http://www.satp.org/satporgtp/countries/india/maoist/Assessment/2013/indiamaoistassesment2013.htm.

South Asia Terrorism Portal (SATP) (2013b): Fatalities in Left-wing Extremism. Data Sheet 2005–2013. Website des Institute for Conflict Management, New Delhi. Abgerufen am 25. März 2013. http://www.satp.org/satporgtp/countries/india/maoist/data_sheets/fatalitiesnaxal05-11.htm.

Supreme Court of India (2011): Record of Proceedings – Writ Petition (Civil) no(s) 250 of 2007, Item no. 44, Court no. 9. New Delhi. Abgerufen am 13. März 2012. http://sup remecourtofindia.nic. in/outtoday/wc25007.pdf.

Tanham, George K. / Duncanson, Dennis J. (1969): Some Dilemmas of Counter-Insurgency. In: *Foreign Affairs* 48(1), S. 113–122.

Tharu, Shamuel (2007): Insurgency and the State in India. The Naxalite and Khalistan Movements. *South Asian Survey* 14(1), S. 83–100.

The Constitution of India (2006). Website des Union Ministry of Law and Justice, India. Abgerufen am 05. März 2012. http://indiacode.nic.in/coiweb /welcome.html.

The Indian Express (2010): PC makes fresh offer for talks, Naxals reject it. *The Indian Express*, 18. Mai. Abgerufen am 14. März 2012. http://www.indianexpress.com/news/pc-makes-fresh-offer-for-talks-naxals-rejec/620440/

Union Ministry of Home Affairs, India (2005): Annual Report 2004–05 of the Union Ministry of Home Affairs. Government of India. Kap. III. 13–54. New Delhi. Abgerufen am 02. April 2012. http://mha.nic.in/hindi/sites/upload_files/ mhahindi/files/pdf/ar0405-Eng.pdf.

Union Ministry of Home Affairs, India (2012): The Government of India's Approach. New Delhi. Abgerufen am 13. März 2012. http://mha.nic.in/uniquepage. asp?Id_Pk=540.

Unlawful Activities (Prevention) Amendment Act (UAPA) (2008). Abgerufen am 16. März 2012. https://www.unodc.org/tldb/pdf/ India/THE_UNLAWFUL_ACTIVITIES_BILL2008.pdf.

Verma, Shrey (2011): Far Reaching Consequences of the Naxalite Problem in India. Understanding the Maoist Problem. Report. Santa Clara, CA,: Rakshak Foundation.

Weil, Robert (2011): Is the Torch Passing? The Maoist Revolution in India. *Socialism and Democracy* 25(3), S. 1–81.